

Stand: 06.06.2026 23:08:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11752

"Nahversorgung sichern I: Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung als kommunale Pflichtaufgabe definieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11752 vom 03.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13163 des WI vom 29.09.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14380 vom 22.11.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohlen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Nahversorgung sichern I: Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung als kommunale Pflichtaufgabe definieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs als integralen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und als kommunale Pflichtaufgabe festzuschreiben.

Begründung:

Der Lebensmitteleinzelhandel befindet sich in Deutschland in einem tiefgreifenden Strukturwandel und Konzentrationsprozess. So ist die Anzahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte in den letzten zehn Jahren um 9,5 Prozent von 6.501 auf 5.883 zurückgegangen. Durchschnittlich schließen in Bayern monatlich knapp fünf Läden ihre Pforten für immer. Besonders betroffen sind davon die kleineren Supermärkte mit einer Fläche von bis zu 400 qm, die zugunsten einiger weniger, dafür aber immer größer werdenden Märkte verschwinden.

Die Entwicklungschancen kleiner Gemeinden, aber auch von Stadtteilen hängen jedoch ganz wesentlich davon ab, inwieweit es gelingt, weiterhin vor Ort für die Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Dabei kommt der ausreichenden Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs eine zentrale Bedeutung zu. Vielerorts können die betroffenen Kommunen aufgrund ihrer prekären Haushaltslage allerdings die vorhandenen Fördermöglichkeiten nicht nutzen, um vor Ort für die richtigen Rahmenbedingungen zur Sicherung der Nahversorgung zu sorgen, weil sie ihren Eigenanteil nicht finanzieren können oder dürfen. Der Erhalt der Nahversorgung muss deshalb als integrativer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge verstanden und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden. Auf diese Weise würde auch Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung die Möglichkeit gegeben, die vorhandenen Förderprogramme auszu-schöpfen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a.
SPD
Drs. 17/11752**

**Nahversorgung sichern I:
Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versor-
gung als kommunale Pflichtaufgabe definieren**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Dr. Harald Schwartz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 30. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 13. Juli 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 125. Sitzung am 29. September 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Ich hatte im Jahre 1979 eine ziemlich schwere Operation. Da gab es eine Krankenschwester aus der Türkei, die mir überhaupt nicht helfen konnte, weil sie nicht verstand, was ich wollte, und außer ihr sonst niemand anwesend war. Es war noch kein Pfleger da. Wenn ein Pfleger kommt und mit dem Kranken im Gespräch sein muss, ist für ihn das Allerwichtigste die Sprache, um das zu leisten. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob wir Ausländer bekommen, nicht so vorrangig. Ich meine, es ist wichtiger, den Beruf attraktiver zu machen. Wenn derjenige, der die Kaffeemaschine repariert oder anliefert, das Doppelte dessen verdient wie derjenige, der sich um den Kaffeetrinker kümmert, dann stimmt etwas nicht. Hier muss ein Ausgleich her.

Darüber würde ich gerne intensiv mit Ihnen diskutieren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die der Hilfe viel stärker bedarf. Wir sollten nicht so sehr über Organisationsformen reden, sondern in erster Linie darüber, wie wir an diejenigen herankommen können, die insgesamt Probleme mit der Gesellschaft bekommen, weil sie alleingelassen sind, weil niemand mehr aus ihrer Familie da ist und weil es in ihrer Umgebung einsamer geworden ist.

Hinzu kommt, dass die junge Generation lieber mit dem Computer spielt, als die Oma zu betreuen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Immer auf die Jugend schimpfen! Typische Redepauschalen!)

– Nein, es geht um die, die nachkommen, und um die Frage, ob sie sich dafür ausbilden lassen wollen oder nicht. Da können Sie so viel dazwischenrufen, wie Sie wollen. In die Berufe der sozialen Betreuung der Menschen wachsen junge Leute weniger hinein, weil sie glauben, mit der Technik leichter weiterzukommen. Der Angriff richtet sich nicht auf die Jugend, sondern auf die Gesellschaft. Das ist einfach so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Liebe Kollegin, durch das Dazwischenrufen wird die Sache nicht besser. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist zu reden, statt zu denken.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!
– Katharina Schulze (GRÜNE): Oh, oh!)

Die Ausgangsposition für uns heißt in die Zukunft hinein, sich zu kümmern, die Menschen in ihrer Situation abzuholen und diejenigen, die sich in der Pflege engagieren, nicht schlechter zu bezahlen als junge Menschen in anderen Berufen. Nur so kommen wir

ein Stück weiter. Ob die Organisation stimmt, ist dann eine ganz andere Frage.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goppel. Bevor ich der Kollegin Petersen das Wort erteile – sie kann schon eine Weile ans Mikrofon treten –, darf ich folgende Änderung der Tagesordnung bekannt geben. Der Tagesordnungspunkt 6, Antrag der GRÜNEN betreffend "Veränderungen im Grundstockvermögen früher anzeigen und Zustimmung einholen" wird im Einvernehmen aller Fraktionen heute von der Tagesordnung abgesetzt und voraussichtlich in der Januarsitzung aufgerufen.

Im Anschluss an die Interpellation werde ich die Tagesordnungspunkte 4 und 5 aufrufen und anschließend noch vor der Mittagspause die Tagesordnungspunkte 9 bis 14; das sind die Anträge zum Thema Stärkung des ländlichen Raums. Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktionen auch hierzu Einverständnis erklärt haben. Die Redner sind entsprechend verständigt.

Liebe Frau Petersen, nun haben Sie das Wort.

Kathi Petersen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns bei diesem Thema inhaltlich weitgehend einig. Die Pflege in Bayern ist ein extrem wichtiges Thema. Das rechtfertigen sowohl die sehr umfangreiche Interpellation der FREIEN WÄHLER – dem Dank dafür kann ich mich nur anschließen – als auch die zahlreichen Anträge, die unter anderem die SPD-Fraktion zu diesem Themenbereich bereits gestellt hat und auch noch stellen wird.

Wir haben schon gehört, dass das Thema Pflege ein sehr umfangreiches und vielfältiges Thema ist. Meine Kollegin Ruth Waldmann hat bereits viele Aspekte angesprochen, beispielsweise die häusliche Pflege, sodass ich mich auf einige wenige Punkte beschränken kann.

Die Staatsregierung und insbesondere das Ministerium für Gesundheit und Pflege ist, wie wir unter anderem den Antworten auf die Interpellation entnehmen können, nicht untätig geblieben. Aber – auch das muss man konstatieren – es gibt noch sehr viel Luft nach oben.

Meine Vorredner haben auch schon davon gesprochen: Der Fachkräftemangel ist ein riesiges Problem im Pflegebereich. Im März 2016 standen 1.663 offenen Stellen 267 arbeitslos gemeldete Altenpflegekräfte gegenüber. Das ist ein eklatantes Missverhältnis, das man so nicht hinnehmen kann.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Drs. 17/11752, 17/13163

**Nahversorgung sichern I:
Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung als kommunale Pflichtaufgabe definieren**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Klaus Adelt

Abg. Klaus Holetschek

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Markus Ganserer

Abg. Klaus Steiner

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe nun das Themenpaket "Nahversorgung sichern", im Einzelnen die **Tagesordnungspunkte 12 mit 14**, auf:

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. (SPD)

Nahversorgung sichern I:

Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung als kommunale Pflichtaufgabe definieren (Drs. 17/11752)

und

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. (SPD)

Nahversorgung sichern II:

Servicestellen Nahversorgung schaffen (Drs. 17/11753)

und

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. (SPD)

Nahversorgung sichern III:

Sonderförderprogramm BayernLaden (Drs. 17/11754)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Als Erstem darf ich dem Herrn Kollegen Adelt das Wort erteilen, der sich schon am Rednerpult eingefunden hat. Bitte schön, Herr Kollege. – Ich bitte, die Gespräche draußen zu führen.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst einmal recht herzlich dafür, dass wir es heute im vierten Anlauf schaffen, zum Thema Nahversorgung zu sprechen, das vielen unter den Nägeln brennt und schneller auf die Tagesordnung kommen wird, als manche meinen. Glaubt man den Zahlen des Wirtschaftsministeriums, können über 500 bayerische

Kommunen – das ist jede vierte Gemeinde – keinen Supermarkt mehr vorweisen. 158 Gemeinden haben nicht einmal mehr einen eigenen Bäcker und einen Metzger. Im Schnitt haben in den letzten Monaten monatlich fünf Lebensmittelläden geschlossen. Kurz gesagt: Die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist, sofern sie überhaupt noch vorhanden ist, in Gefahr.

Schuld ist die Konzentration im Einzelhandel, aber auch der Strukturwandel, eine Entwicklung, die wenig Gewinner, aber viele Verlierer hat. Verlierer sind zunächst einmal der ländliche, der strukturschwache Raum, aber auch manche Stadtteile in den großen Metropolen. Einer der Gründe dafür ist der Rückgang der Bevölkerung, der die Zahl der Käuferinnen und Käufer sinken lässt; ein anderer Grund ist der Trend zu größeren Einheiten, zum Einkaufen auf der grünen Wiese. Verlierer sind kleine Supermärkte und Tante-Emma-Läden mit Verkaufsflächen von bis zu 400 qm. In der Gesamtsumme wird die Verkaufsfläche zwar größer, aber die Zahl der Läden wird immer kleiner. Verlierer sind die Ortszentren; denn in den Ortszentren fehlt häufig der Platz für entsprechende Erweiterungen. Man geht dann auf die grüne Wiese, an die Bundesstraße, an die Autobahn. Einkaufen an einem Ort, wo es einen Bäcker, eine Fleischtheke, einen Getränkemarkt gibt, ist die Regel. Doch was ist mit den Leuten, die kein Fahrzeug haben, denen dieser Weg zu weit ist? Nahversorgung: Was heißt nah? – Per definitionem ist das eine Struktur, die innerhalb von zehn Minuten zu erreichen ist. Davon sind wir weit, weit weg. Gerade die ältere Bevölkerung ist davon betroffen. Es hilft dann auch überhaupt nichts, wenn seniorenfreundliche Märkte mit breiten Gängen, niedrigen Regalen und Leselupen geschaffen werden, die aber nur mit dem Auto erreichbar sind. Was ist, wenn die Adressaten überhaupt nicht mehr ins Geschäft kommen können?

Eine Möglichkeit ist die Gründung ehrenamtlich geführter Dorfläden. Über hundert wurden in den letzten zehn Jahren erfolgreich gegründet. Bei diesen Läden engagieren sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Dieser Einsatz ist aller Ehren wert und verdient größten Respekt. Fakt ist aber, dass auf einen Dorfladen statistisch gesehen

sechs Schließungen von Supermärkten kommen. Die Renaissance kann das Ladensterben nicht aufhalten, nur verlangsamen. Dazu kommt, dass häufig die Versorgung mit Arzneien ein Problem wird, weil immer mehr Apotheken schließen. Es wird auch ein Problem, einen gesellschaftlichen Treffpunkt zu finden; denn die Dorfwirtshäuser werden immer weniger.

In der vorausgegangenen Diskussion wurde deutlich, dass die CSU keinen Handlungsbedarf sieht: Angebot, Qualität, Preise und mobile Erreichbarkeit sind viel besser als früher, und das Problem ist gar nicht existent. – Aber die Wirklichkeit ist nicht so. Ich bezweifle, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass gerade die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ihren Stimmkreisen über diese Entwicklung des Ladensterbens sehr glücklich sind und dass sie sagen: Jawohl, die Nahversorgung ist heute wesentlich besser, als sie in den letzten Jahren war. Die Entwicklung ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Wir als SPD-Landtagsfraktion und ich als einer, der im Einzelhandel groß geworden ist, sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Sicherung der Nahversorgung. Gerade da, wo sich der Markt zurückzieht, muss das Aufgabe der öffentlichen Hand sein.

Deshalb haben wir die drei aufgerufenen Anträge gestellt. Der erste betrifft die Nahversorgung als kommunale Pflichtaufgabe. Gerade in finanzschwachen Kommunen untersagt es die Rechtsaufsicht, hier tätig zu werden. Es gibt zwar die Städtebauförderung und die Dorferneuerung, doch viele Gemeinden können ihre Anteile hierfür nicht stemmen. Ich will auch nicht mit der Definition der Nahversorgung als kommunale Pflichtaufgabe den Bürgermeister dazu verpflichten, Bananen und Windeln in jeden Ort zu bringen – so wurde es dargestellt –, sondern es muss ihm rechtlich möglich sein, sich um die Nahversorgung, um die Versorgung mit Medikamenten und Dienstleistungen zu kümmern.

(Beifall bei der SPD)

In unserer Verfassung, die in diesen Tagen 70 Jahre wird, steht in Artikel 83 Absatz 1, dass der Erhalt von Einrichtungen zur Sicherung der Ernährung zum eigenen Wirkungskreis der Kommunen gehört. Deshalb wollen wir, dass dies eine kommunale Pflichtaufgabe wird.

Des Weiteren fordern wir ein Sonderförderprogramm zur Sicherung der Nahversorgung. Es gibt viele finanzielle Möglichkeiten; doch häufig kommt es zu finanziellen Schwierigkeiten in den Dorfläden, und Überbrückungsdarlehen sind notwendig. Der Abstand zwischen Verlust und Gewinn ist sehr gering.

Auch die Förderprogramme passen nicht genau. Deshalb wollen wir eine vereinfachte und passgenaue Form; denn, wie erwähnt, ist die Anpassung oftmals sehr schnell notwendig.

Viele Berater sind in diesem Bereich tätig. Dennoch halten wir zentrale Servicestellen bei den Regierungen, die die Bürgermeister und die betroffenen Kommunen in dieser Situation beraten, für zwingend notwendig. Es wäre gut, wenn die Bezirksregierungen und das Wirtschaftsministerium sich dieses Anliegens annehmen würden. Die Zeit dafür ist sicherlich entbehrlich.

Wir von der SPD sind der Meinung, dass die Sicherung der Nahversorgung einschließlich der Apotheken und Dorfwirtshäuser in großer Gefahr ist. Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil die öffentliche Hand die wohnortnahe Versorgung gewährleisten muss. Wir haben vorhin groß über Heimat gesprochen, wenn auch mit unterschiedlichen Ansichten. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger möglichst lange in einem Ort wohnen können. Die Ausdünnung des ÖPNV ist hier eher kontraproduktiv als produktiv. Es geht um den Erhalt und manchmal auch um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Es geht nicht darum, dass die Kommune oder der Staat in Konkurrenz zur freien Wirtschaft tritt. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Der Antragsinhalt, dass Gutachten ermöglicht werden, die diese Situation beleuchten, ist bereits behandelt worden. Es geht darum, die Nahversorgung auf die Beine zu stellen und langfristig zu erhalten.

Wir wollen getrennt über die drei Anträge abstimmen lassen; denn wir wollen auch denen die Chance geben zuzustimmen, die zwar in den Ausschüssen unsere Anträge abgelehnt haben, aber trotzdem keine Scheu hatten, große Teile wortwörtlich abzuschreiben und in ihre eigenen Anträge einzufügen. Das ist mir völlig egal; denn mir geht es um eines: um den Erhalt der Nahversorgung von Berchtesgaden bis nach Berg und von Aschaffenburg bis in den Bayerischen Wald.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Holetschek. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen, das der Kollege Adelt gerade beschrieben hat, teilen wir genauso. Als ehemalige Bürgermeister – als solchen spreche ich Sie an – kennen wir die Situation gut und wissen, dass die Bürgermeister in den Kommunen die Sorge umtreibt, wie sie die Strukturen erhalten können. Es ist wichtig und richtig, dass wir dort zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern um Konzepte ringen und prüfen, wie wir das eine oder andere verbessern können. Dafür braucht man richtige Rahmenbedingungen. Das Thema Wirtshaussterben motiviert mich immer zu sagen: Ändert das Arbeitszeitgesetz in Berlin! Das könnt ihr. Dann schafft ihr für die Wirtshäuser neue Perspektiven. Dann können auch kleine Betriebe ein Wirtshaus aufmachen und brauchen nicht zusätzliches Personal. Sie müssen dann bei einer Hochzeit, die länger dauert, nicht sagen: Ich habe keine zweite Schicht und kann Sie nicht mehr bedienen. – Das wären Problemlöser bei solchen Themen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Noch ein weiterer ehemaliger Bürgermeister. Jetzt machen wir hier einen Klub auf; denn wir alle können hier etwas beitragen, lieber Paul Wengert. Du weißt es selber genauso.

Ich finde das Thema durchaus eine Auseinandersetzung wert. Aber was hier in diesem Antragspaket vorliegt, ist meiner Meinung nach nicht zielführend. Überspitzt ausgedrückt, wollen Sie hier ein Stück weit auf Planwirtschaft hinaus. Sie wollen es zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen, die wohnortnahe Versorgung zu regeln. Dazu frage ich erst einmal, wie man Wohnort genau definiert. Es gibt ein neues Portal des Bundeslandwirtschaftsministeriums, das die Strukturen und Entfernungen in den verschiedenen Ländern aufzeigt. Dort liegen wir in Bayern im Vergleich mit den anderen Bundesländern relativ gut und sind weit vorne.

Ich glaube nicht, dass wir mit einer Pflichtaufgabe tatsächlich das Problem lösen. Dabei spreche ich noch einmal den ehemaligen Bürgermeister an. Ich glaube nicht, dass es Sie mehr motiviert hätte, etwas anders zu machen, wenn es diese Pflichtaufgabe gegeben hätte. Schon jetzt ermöglichen uns Programme, die Herausforderungen anzugehen. Ich erinnere an die Dorferneuerung und an die Städtebauförderung.

Ich habe mir heute früh den Spaß erlaubt und den Bürgermeister von Kellmünz, Michael Obst, angerufen. Dieser Ort liegt in meinem Stimmkreis. Übrigens kennt Staatssekretär Franz Pschierer in seinem Stimmkreis eine Bürgermeisterin – ich glaube, sie ist Bürgermeisterin von Unteregg –, die einen Dorfladen aufmacht; du begleitest sie ja auch. Ich habe Michael Obst gefragt: Was fehlt dir? Könntest du das Thema an einer Schnittstelle befördern, oder was könnten wir besser machen? – Der Bürgermeister sagte mir: Nein, wir haben dieses Thema auf einen guten Weg gebracht. Der Dorfladen ist offen. Wir haben vom Freistaat ein Beratungsangebot finanziert bekommen. Das hat uns geholfen. Das große Plus für die Versorgung war das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie wollten ihren Dorfladen, haben Anteile ausgeschrieben und das Dorf motiviert, den Laden vor Ort zu fördern, trotz Supermarkt und anderer Angebote. Die Menschen vor Ort haben mitgemacht.

Da helfen uns keine Pflichtaufgaben oder Servicestellen bei der Regierung, die zu Dirigismus führen. Da helfen uns nur das Bewusstsein der Menschen und ihre Bereitschaft, für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger etwas zu tun. Natürlich befürworten dies die älteren Menschen. Natürlich spielt die Mobilität eine Rolle. Wichtig ist dabei die Frage, wo man in der Nähe schnell einkaufen gehen kann. Das ist ein großer Treiber. Aber ich sage es noch einmal: Das Anliegen ist von den Bürgern vor Ort getragen. Die Programme, die wir haben, greifen. Aus meiner Erfahrung kann ich schildern, dass die Menschen im Gespräch vor Ort sagen: Wir wollten das einfach; wir identifizieren uns mit unserem Dorf und wollen diese Strukturen haben.

Wir stehen vor vielen Herausforderungen. Die ärztliche Versorgung ist ein Thema, das die Bürgermeister draußen genauso bewegt. Auch da müssen wir uns überlegen, ob wir wirklich den Bürgermeistern und den Kommunen überall eine Pflichtaufgabe auferlegen wollen, den Arzt anzustellen oder eine Apotheke zu eröffnen; ich drücke es jetzt überspitzt aus. Das wird uns nicht gelingen. Vielmehr brauchen wir kreative, gute Modelle, um diese Herausforderungen tatsächlich anzugehen. Wir brauchen auch das eine oder andere Förderprogramm. Gerade beim Thema hausärztliche Versorgung ist es mir bewusst, dass wir einen Weg beschreiten, auf dem sowohl die Programme als auch die Rahmenbedingungen eine Rolle spielen. Wir brauchen mehr Medizinstudenten; wir brauchen eine Landarztquote. Wir können nicht all das über Pflichtaufgaben regeln.

Ich bin auch gegen neue Servicestellen. Ich sage das ganz bewusst. Dieses Land erstickt zum Teil in Servicestellen. Ich habe es heute schon früher gesagt: Wir haben inzwischen alles so perfekt administriert, Herr Staatsminister, dass wir uns überlegen müssen, wie wir wieder ein Stück weit zurückadministrieren, damit die Leute wieder leben können, damit der Begriff Freiheit im Staat wieder einen neuen Ansatz bekommt und damit wir wieder etwas Luft zum Atmen haben und nicht neue Servicezentren, die die Verhältnisse verkomplizieren.

Lasst doch die Leute vor Ort machen! Habt doch Vertrauen in die Menschen vor Ort, in den Dörfern! Sie wissen, worum es geht, und sie können es auch. Wir müssen ihnen helfen; aber wir brauchen keine neuen, aufgesetzten Strukturen, die die Verhältnisse regeln sollen. Wir haben bewährte Mittel, die uns tatsächlich weiterbringen. Ihr Dorfladen – ich sage bewusst: ihr Dorfladen – ist das Thema, mit dem sie sich identifizieren. Daran hängen Herzblut und Leidenschaft. Wir müssen aufpassen, dass wir die Lage nicht verkomplizieren.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht nur das Thema Mindestlohn ansprechen. Auch viele andere Regelungen führen Probleme herbei. Dort müssen wir ansetzen. Vor allem muss bei der Bundesregierung in Berlin darauf hingewirkt werden, dass einiges besser gemacht wird; ich nenne nur das Stichwort Arbeitszeitgesetz.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Die SPD will ein Stück weit mit Bürokratie, Bevormundung, Planwirtschaft und Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung arbeiten. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort die Dinge in die Hand nehmen. Wir wollen ihnen Programme zur Seite stellen. Zusätzliche Bürokratie lehnen wir ab.

Richtig ist, dass wir die Entwicklung im Auge behalten müssen. Dirigistische Ansätze, wie die SPD-Fraktion sie in ihren drei Anträgen fordert, brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie schon fertig?

(Heiterkeit)

Klaus Holetschek (CSU): Ja.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Dann bleiben Sie noch zwei Minuten. Herr Kollege Adelt hat eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Holetschek, wie stellt sich denn die CSU die Unterstützung der wohnortnahen Versorgung vor? Sie lesen die Anträge immer so, wie Sie sie lesen wollen. Die Buchstaben der Anträge besagen etwas anderes. Wenn Sie die Anträge gescheit durchgelesen hätten, dann würden Sie nicht von "Planwirtschaft" oder "Dirigismus" sprechen.

(Zurufe von der CSU: Doch!)

Das sage ich klipp und klar. Pflichtaufgabe heißt, die Gemeinde darf es tun. Ihr kann dann nicht mehr von der Rechtsaufsicht ein bestimmtes Handeln nur deshalb untersagt werden, weil es sich um eine freiwillige Leistung handelt.

(Beifall bei der SPD – Erwin Huber (CSU): Sie muss es dann tun!)

Das kann keine freiwillige Leistung sein. Kein Bürgermeister kann jemanden dazu zwingen, einen Laden zu eröffnen.

Ich wiederhole meine konkrete Frage: Nach welchen Vorstellungen will die CSU die wohnortnahe Versorgung sichern? Auch das Ehrenamt ermüdet irgendwann. Dennoch muss die wohnortnahe Versorgung gesichert sein.

Über eines sind wir uns einig: Den Einfluss des "Bürokratismus" müssen wir zurückdrängen. Aber es kann nicht alles auf verschiedene Stellen verteilt sein. Städtebauförderung hier, Landwirtschaftsförderung dort, dieses hier, jenes dort – damit sind die Bürgermeister überfordert. Diese Zuständigkeitsvielfalt muss abgeschafft werden. Wenn es einen Ansprechpartner, das heißt eine Beratungs- und Servicestelle bei der jeweiligen Regierung gibt, dann läuft es deutlich besser als bisher.

Klaus Holetschek (CSU): Ich habe sehr viel Vertrauen in unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig! – Klaus Adelt (SPD): Ich auch!)

Auch in diesem Hohen Haus sage ich: Wer einmal durch die Schule eines Bürgermeisteramtes oder eines anderen kommunalen Mandats gegangen ist, der weiß, wovon er spricht, auch wenn er im Landtag sitzt. Deswegen weiß ich, dass die Bürgermeister ein gutes Gespür haben für das, was die Menschen bewegt. Sie greifen die Themen, die die Menschen bewegen, auf.

Ich bringe noch einmal das Beispiel der kleinen Kommune Kellmünz im Landkreis Neu-Ulm. Der Bürgermeister gehörte zu denjenigen, die die Gründung des Dorfladens angestoßen haben. Seine Frau hat mitgemacht. Die Bürger sind motiviert worden, Anteilsscheine zu erwerben. Dort sind heute Beschäftigte in Vollzeit und in Teilzeit tätig. Der Laden läuft. Die Initiatoren hatten ein Beratungsangebot des Freistaates in Anspruch genommen; das hat ihnen geholfen. Der Rest ist aus dem Ort heraus gewachsen. Die Bürgerinnen und Bürger dort sind sehr stolz darauf, dass sie selbst diese Lösung gefunden haben. Sie empfinden das jedenfalls als besser, als wenn der Staat ihnen eine Vorgabe gemacht oder ihnen jemanden an die Seite gestellt hätte, der sie an die Hand genommen hätte. Vertrauen in die Bürger vor Ort, Hilfestellung dort, wo sie notwendig ist, Begrenzung der Bürokratie, keine neuen Stellen, wenn wir sie nicht brauchen – das ist unser Maßstab, das ist unsere Vorgabe.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Offensichtlich wollen alle Fraktionen die Lösung dieses Problems in die Hände der Bürgermeister legen. Wohnortnahe Versorgung – das ist ein wichtiges Thema. Damit wird jedoch nur ein Aspekt des Problems erfasst. Das Grundproblem ist, dass die Lebensverhältnisse eben noch nicht überall gleichwertig sind. Negativ betroffen ist vor allem der strukturschwache ländliche Raum. Für diesen müssen wir besonders intensiv kämpfen. Wenn ich die drei Anträge der SPD-Fraktion richtig verste-

he, dann möchte sie das Ganze zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Hinterher hat der Bürger noch ein einklagbares Recht gegenüber der Kommune; das geht uns zu weit. Insoweit können wir den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Natürlich bedarf es der Mitwirkung der Kommunen, aber nicht im Rahmen einer Pflichtaufgabe.

Die in den Anträgen geforderten Servicestellen, zum Beispiel für den Bereich Nahversorgung, kosten Geld, bringen aber nichts. Das Geld wäre besser investiert, wenn wir die Beratungsstellen, die es bereits gibt und die relativ gut arbeiten, intensiver einbinden würden. Das Geld, das für die Servicestellen ausgegeben werden müsste, könnte ohnehin vor Ort besser verwendet werden.

Auch das geforderte Sonderförderprogramm BayernLaden würde zu kurz greifen. Die Probleme im strukturschwachen ländlichen Raum sind vielfältig: Ärzte verschwinden. Schulen verschwinden. Der öffentliche Personennahverkehr fährt manche kleinen Orte nicht mehr an, weshalb die Bürger dort auf Nachbarschafts- oder Selbsthilfe angewiesen sind. Insofern reicht dieses Sonderförderprogramm nicht aus.

Nächster Punkt: Über zehn Jahre lang herrschte bei der Mehrheitsfraktion des Bayerischen Landtags die Auffassung vor, die Bereitstellung von schnellem Internet könne allein durch privatwirtschaftliche Anbieter sichergestellt werden, da es sich um eine Frage von Angebot und Nachfrage handele. Wir haben in der heutigen Debatte über den Begriff "Heimat" vom Minister selbst gehört, dass das nicht funktionierte. Der Staat hat massiv eingreifen müssen, damit schnelles Internet in allen Teilen des Freistaates zur Verfügung steht. Wir hatten das jahrelang gefordert.

Der Gesetzgeber auf Bundesebene könnte viel mehr tun, um zum Beispiel das Wirtshaus im Dorf zu erhalten. Im Bund können die Mehrwertsteuersätze und die Arbeitszeitverordnung geändert werden. Bisher ist nichts passiert. In der Zwischenzeit sterben weitere Wirtshäuser.

All diese Probleme sind zusammen zu betrachten. Eine Lösung wie das Sonderförderprogramm BayernLaden, das nur die Verkaufsstellen umfassen würde, ginge uns nicht weit genug. Wir brauchen eine gute wohnortnahe Versorgung und eine Stärkung der Lebensqualität auch im strukturschwachen ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Forderung eingehen, den Kommunen neue Pflichtaufgaben zu übertragen. Es kann nicht angehen, dass wir immer dann, wenn die Wirtschaft die Erfüllung bestimmter Aufgaben als nicht mehr rentierlich ansieht, nach der Zuständigkeit der Kommune schreien und ihr eine neue Pflichtaufgabe übertragen. Auch wenn der Staat versagt oder nicht ausreichend tätig wird und damit eine Lücke hinterlässt, kann nicht zwangsläufig eine neue Pflichtaufgabe für die Kommunen die Folge sein. Damit wären gerade die strukturschwachen Kommunen überfordert. Sie könnten das Geld nicht aufbringen, um diese Aufgaben zu erfüllen, und müssten sich weiter verschulden. Das ist nicht der Weg, den wir FREI-EN WÄHLER gehen wollen.

Läden mit Akzeptanz, die unter Beteiligung der Bürger gegründet wurden, gibt es schon. Beispiele sind genannt worden. Der Freistaat fördert diese Ansätze, aber er fördert sie nicht genug. Darüber können und müssen wir diskutieren. Mit der heutigen Debatte können wir das Thema nicht ad acta legen. Es müssen weitere, gezielte Initiativen folgen. Wenn das Bekenntnis zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern Realität werden soll, dann muss mehr geschehen, als es in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Wir müssen in der Praxis etwas dafür tun. Insofern ist der Ansatz, der in den drei Anträgen der SPD-Fraktion deutlich wird, durchaus richtig. Was die konkreten Lösungen angeht, so gehen wir einen anderen Weg.

Die Dorfläden funktionieren gut. Wenn wir dies als Pflichtaufgabe der Kommunen definieren, stellt sich die Frage, ob es dann noch freiwillige Helfer geben wird. Diese werden dann sagen: Warum sollen wir einspringen und unsere Freizeit für die Allgemeinheit opfern? Das ist eine Pflichtaufgabe der Kommune. – Diesen Weg halten wir nicht

für den richtigen, weil wir damit die Initiative und die Bereitschaft der Bevölkerung, die durchaus vorhanden sind, untergraben würden. Das wollen wir vermeiden.

Wir müssen auch bei der Regionalplanung ansetzen und von dort konsequent eine Beteiligung an der Lösung des Problems einfordern. Wir helfen uns draußen gegenseitig, weil die Bürgermeister, wie mehrmals betont worden ist, Praktiker sind. Wir behelfen uns mit Ruftaxis, Nachbarschaftshilfe und vielen weiteren Ansätzen. Die Basis dieser freiwilligen Leistungen wollen wir nicht untergraben, auch nicht dadurch, dass wir neue Pflichtaufgaben definieren. Insofern ist der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Weg der falsche.

Lassen Sie mich das Resümee ziehen, weshalb wir uns zu allen drei Anträgen der Stimme enthalten werden. Die Probleme sehen wir genauso wie die Antragsteller. Die Probleme sind da; man kann sie nicht so leichtfertig abtun, wie Sie, Herr Holetschek, es gemacht haben. Sie nur im Auge zu behalten, das ist zu wenig. So erreichen wir das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern mit Sicherheit erst in 20 Jahren. So lange wollen unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht abwarten.

(Erwin Huber (CSU): Das ist ein Eiertanz, den Sie hier aufführen!)

Ich möchte noch ein Problem aus der tagesaktuellen Politik ansprechen: Bei den Analysen der Wahl in den USA sind die Meinungsforscher sehr schnell zu dem Ergebnis gekommen, dass es vorwiegend die ländliche Bevölkerung war, die den Protestwähler gespielt hat. Meine Damen und Herren, geben wir Obacht, dass das bei uns nicht auch passiert. Deshalb müssen wir im strukturschwachen Raum so schnell wie möglich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen.

Wir sehen dieses Problem ebenso wie die SPD. Ich kann nicht leugnen, dass wir für diese Anträge sehr viel Sympathie haben. Das Ziel ist richtig, nur der Weg ist falsch. Diesen Weg können wir in dieser Form nicht mitgehen. Deshalb werden wir uns zu diesen drei Anträgen der Stimme enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ganserer. – Ich hätte eine Bitte: Wenn wir hier oben zuhören, was dort unten gesprochen wird, hört sich das an wie ein Bienenschwarm. Es wäre viel vernünftiger, wenn Sie sich draußen unterhielten.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. So steht es in unserer Verfassung. Wenn ich mir jedoch die Lebenswirklichkeit draußen im Lande ansehe und mich dabei nicht von der Hochglanzbroschüre "Heimatbericht" blenden lasse, muss ich feststellen, dass es in vielen Lebensbereichen und Landesteilen mit diesem Verfassungsziel nicht weit her ist.

Der SPD-Fraktion müssten wir eigentlich grundsätzlich danken, dass sie das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse und insbesondere das Thema Nahversorgung zum Gegenstand einer Parlamentsdebatte gemacht hat; denn die Nahversorgung im ländlichen Raum ist zweifelsohne deutlich schlechter als in den Ballungsräumen. Auch wenn das Auto im Land und auf dem Land nach wie vor das Fortbewegungsmittel Nummer 1 ist und bleiben wird, müssen wir feststellen, dass es auf dem Land auch Leute gibt, die kein Auto haben, die sich kein Auto leisten können oder die aus gesundheitlichen Gründen kein Auto fahren können. Das Thema Nahversorgung ist explizit beschrieben als Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfs in fußläufiger Entfernung. Für viele Leute, die kein Auto haben, ist das Thema Nahversorgung ein wichtiger Faktor für ihre Lebensqualität. Deshalb muss uns dieses Thema wichtig sein. Die Nahversorgung muss auf dem Land erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Taktik, die Verantwortung auf den Verbraucher zu laden und zu sagen, er könnte mit dem Einkaufswagen abstimmen, greift zu kurz. Damit würde man sich aus der poli-

tischen Verantwortung ziehen. Bei Diskussionen über die Milchpreise und die Dumpingpreise für Lebensmittelprodukte wird regelmäßig die Marktkonzentration beklagt. Sie heben in Ihrer Antragsbegründung auch darauf ab. Wenn sich jedoch Ihr Bundeswirtschaftsminister damit durchgesetzt hätte, dass Tengelmann an EDEKA verkauft werden darf, wäre damit die Marktkonzentration weiter gefördert worden. Wir müssen deshalb die Marktkonzentration auf allen Ebenen weiter eingrenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf die Landespolitik muss ich feststellen, dass die letzte Änderung des LEP bei diesem Thema wie ein Brandbeschleuniger gewirkt hat. Sie hat dazu beigetragen, dass weiterhin Dorfkerne entleert werden und Supermärkte auf der grünen Wiese entstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen deswegen Obergrenzen für Supermarktverkaufsflächen. Diese Obergrenzen müssen deutlich niedriger angesetzt werden als bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen hier endlich Ordnung schaffen. Dazu brauchen wir das Ordnungsrecht.

(Widerspruch bei der CSU)

Ehrlicherweise muss ich aber sagen: Bei diesem Thema sind auch die Kommunen nicht ganz unschuldig.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bürgermeister über alle Parteigrenzen hinweg freuen sich, wenn sich bei ihnen auf der grünen Wiese Discounter ansiedeln. Damit wird aber der Einzelhandel in ihren Ortskernen geschwächt. Meistens hat das auch Auswirkungen auf die Nachbarkommunen.

Wir müssen deshalb auch die Kommunalpolitiker in die Verantwortung nehmen und ihnen diese Folgen deutlich machen.

Der CSU-Regierung und ihrem Heimatminister ist diese Entwicklung anscheinend egal. Auf meine erste Anfrage zum Thema Nahversorgung und auf meine Frage, wie sich der Bevölkerungsanteil mit Einkaufsmöglichkeiten in fußläufiger Entfernung entwickelt hat, bekam ich die Antwort: Das kann mangels statistischer Daten nicht beantwortet werden. Das lief nach dem Prinzip: Wiss' ma ned, juckt uns ned. So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf meine zweite Anfrage zu diesem Thema hat die Staatsregierung in ihrer Antwort festgestellt: Nach der Regelvermutung ist von einem großflächigen Einzelhandel, der sich nach Art, Lage und Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung nicht nur unwesentlich auswirkt, dann auszugehen, wenn dieser eine Verkaufsfläche von über 800 qm hat. Das war früher die Obergrenze, die wir hatten und die wir dringend wieder brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie sind doch für Obergrenzen. Hier brauchen wir sie auch. Ordnung muss wieder her. – Auf eine weitere Anfrage, wie solche Einzelhandelsgroßprojekte entstanden sind, antwortete die Staatsregierung, dass keine eigenen flächendeckenden Erhebungen darüber vorlägen, welche Kommunen Einzelhandelsgroßprojekte in dieser Größe realisiert haben. Hier läuft es also wieder nach dem Prinzip: Wiss' ma ned, juckt uns ned. So kann man keine Landesplanung machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der CSU haben doch die Aufnahme des Prinzips der gleichwertigen Lebensverhältnisse in die Verfassung vorgeschlagen. Also kümmern Sie sich auch darum! Die Grundvoraussetzung dafür ist, dass die umfangreichen Probleme und Ursachen analysiert werden. Deshalb haben wir dem Antrag der SPD, in dem ein staatliches Förderprogramm für kommunale Einzelhandelsgutachten gefordert wurde, zugestimmt, weil ein solches Gutachten die Grundlage für eine Ursachen- und Problemanalyse wäre. Über den Lösungsweg sind wir uns aber doch nicht ganz einig.

Zu den heute zur Debatte stehenden Anträgen möchte ich Folgendes sagen: Was würde es in der Konsequenz bedeuten, wenn die Nahversorgung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe würde? Könnte man in diesem Fall die Kommunen, die keine eigene Nahversorgung mehr haben, dazu zwingen, einen eigenen Laden, also praktisch einen eigenen Bayern-Konsum, zu betreiben? Das würde uns zu weit gehen. Wir sehen hier echte Probleme, wenn dies zu einer Pflichtaufgabe gemacht würde.

Dorfladen-Initiativen sind wirklich eine super Sache. Das Beste ist, dass diese Läden funktionieren. Wenn eine gute Marktanalyse gemacht und für diese Läden ein gutes Konzept entwickelt wird, dann sind diese Läden in der Lage, sich selbst wirtschaftlich zu tragen. Diese Läden können dann mit Mitteln der Dorferneuerung gefördert werden. Wir sind der Meinung, dass hier mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, damit mehr Initiativen davon profitieren können. Dazu brauchen wir aber nach unserer Meinung kein eigenes Förderprogramm. Wenn versucht wird, Dorfläden, die sich selbst wirtschaftlich nicht dauerhaft tragen können, mit Fördermitteln am Leben zu erhalten, würde das nach unserer Auffassung scheitern.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt, nämlich zum Thema Nahversorgung und Servicestellen. Wir sind der Überzeugung, dass wir die Landes- und Regionalplanung deutlich stärken müssen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Wir brauchen hier mehr Personal für die Regionalplanung in den Bezirksregierungen. Wir haben aber unsere Zweifel, dass es notwendig ist, bereits für die Nahversorgung eine eigene Servicestelle zu schaffen.

Zusammenfassend stelle ich fest: Das Thema Nahversorgung ist wichtig. Wir werden weiterhin darüber diskutieren müssen. Die Anträge sind unserer Meinung nach nicht ausgewachsen. Deshalb müssen wir uns dazu der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Ganserer, Sie haben hier sehr engagiert Stellung genommen. Ich habe mir schon gedacht, Sie hätten irgendein Problem. Darauf möchte ich aber nicht eingehen. Erster Punkt. Bei Bedarf zeige ich Ihnen gerne Fälle auf, in denen Bürgermeister der GRÜNEN ebenfalls Märkte auf der grünen Wiese gebaut haben.

Der zweite Punkt. In den Bundesländern, in denen Sie regieren, gibt es genau dieselben Probleme.

Zum dritten Punkt. Warum kommen Sie eigentlich nie auf die Idee, die Verbraucher zu aktivieren? Wir stimmen täglich darüber ab, wo und wann wir einkaufen. Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie die Leute mit starren rechtlichen Festlegungen davon abhalten können, in einem Supermarkt oder einem Discounter einzukaufen? Der Verbraucher stimmt jeden Tag mit den Füßen darüber ab, wo und wie er einkauft. Viele sprechen zwar vom Dorfmarkt und vom Tante-Emma-Laden, aber kaufen dann doch woanders ein.

(Klaus Adelt (SPD): Sie haben keine Ahnung!)

Wenn was aufgeht, springen wir schnell hinüber; denn da kann man so schön ratschen. Das hat mir neulich einer gesagt. Dann habe ich gesagt: Vom Ratschen kann ein Dorfmarkt nicht leben. Also seien Sie etwas realistischer und schreien Sie hier nicht so rum.

Markus Ganserer (GRÜNE): Herr Kollege, wenn Sie mir richtig zugehört hätten, hätten Sie die Antwort schon parat gehabt. Dann hätten Sie mich nicht noch einmal fragen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie machen es sich einfach und stehen sich aus der politischen Verantwortung,

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

indem Sie einfach sagen, das Problem sollte der Verbraucher lösen. Er könnte doch mit dem Einkaufswagen abstimmen.

(Zuruf von der SPD: Das tut er aber nicht!)

Tatsache ist doch, dass sich die Nahversorgungssituation im ganzen Land dramatisch verschlechtert hat. Wir haben die politische Verantwortung und müssen politische Maßnahmen ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und sie einzubremsen. Da kann ich nicht einfach sagen, das müsse der Verbraucher tun, und das ist halt Pech gewesen. Wenn man zur gleichen Zeit mit dem Ordnungsrecht bei der letzten Änderung des LEP sozusagen wie mit einem Brandbeschleuniger gewirkt hat, dann muss man diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen und gegensteuern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. Ich darf nun Herrn Staatssekretär Pschierer bitten. – Meine Damen und Herren, seien Sie doch bitte etwas ruhiger und hören Sie den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zu.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Thema in einen etwas größeren Zusammenhang stellen, insbesondere was das Stichwort ländlicher Raum angeht; denn gelegentlich waren Vorwürfe dahin gehend zu hören, die Staatsregierung würde dem ländlichen Raum nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen.

Ich darf feststellen, dass unter den 16 Bundesländern keines zu finden ist, das ein so umfangreiches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes hat wie Bayern. Nur ein paar Stichworte dazu: regionale Wirtschaftsförderung, Städtebauförderung, Dorferneuerung. Unser kommunaler Finanzausgleich ist spitze im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Die Ansiedlung von Telekommunikationseinrichtungen sowie die Breitbandversorgung und viele Dinge mehr sind herausragend. Was die Entwicklung des ländlichen Raumes angeht, haben wir also keinen Nachholbedarf.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Ganserer, Sie haben das Thema Kaiser's Tengelmann, EDEKA und REWE erwähnt. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die täglich feststellen, dass es zwischen meiner Position und der des Bundeswirtschaftsministers Gabriel eine große Übereinstimmung gäbe. Aber ich darf Ihnen versichern, dass es in dieser Frage zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und dem bayerischen Wirtschaftsministerium eine gewisse Interessenidentität gibt. Beiden, dem Bundeswirtschaftsministerium und auch uns, ging es darum, den Erhalt der Arbeitsplätze bei Kaiser's Tengelmann zu sichern und zu verhindern, dass dieses Unternehmen abgewickelt wird. Alles andere ist Populismus, Herr Ganserer.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu Ihnen ein Wort, Herr Adelt, und zu Ihren Anträgen. Beim ersten Antrag habe ich mich tatsächlich schwergetan. Da genügt eigentlich ein Blick in die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtages. Nehmen Sie § 49 "Einbringung". Sie fordern die Bayerische Staatsregierung auf, zur Thematik einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Wenn Sie von diesem Vorhaben so überzeugt sind, ist es nach § 49 Ihr parlamentarisches Recht und sogar Ihre parlamentarische Pflicht, diesen Gesetzesentwurf als SPD-Landtagsfraktion einzubringen. Dazu brauchen Sie die Staatsregierung nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

– Das können Sie immer noch tun, aber Sie scheinen von Ihrem Antrag nicht ganz überzeugt zu sein.

Was das grundsätzliche Thema angeht, haben es der Kollege Holetschek und andere schon angesprochen. Es geht auch um das Verbraucherverhalten. Sie können Verbraucherverhalten mit ordnungspolitischen Maßnahmen nicht oder nur rudimentär beeinflussen.

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Das heißt, die Abstimmung erfolgt mit den Füßen. Und da sage ich Ihnen etwas ganz persönlich: Ich wäre manchmal sehr dankbar, wenn der gleiche Verbraucher, der am Abend in der Ortsversammlung beklagt, wie schlimm das Sterben der Läden im Ort ist, dass Dorfwirtschaften geschlossen werden und vieles andere, am nächsten Tag mit seinem Einkaufswagen nicht auf dem Parkplatz von ALDI, Lidl oder anderen Discountern stehen, sondern stattdessen regionale Märkte bevorzugen würde. Leider wird in diesem Land ja nur danach abgestimmt, wo es am preiswertesten ist. Insofern täten wir uns alle einen Gefallen, wenn wir die Verantwortung des Verbrauchers mit in die Diskussion brächten.

(Beifall bei der CSU)

Den ersten Antrag müssen wir also klar ablehnen. Wir sehen zwar die kommunale Nahversorgung als wichtige Aufgabe, können sie aber nicht als Pflichtaufgabe des Staates ansehen. Wir sollten uns hier in diesem Parlament nicht überschätzen. Ich traue mir nicht zu, den Bürgermeistern vor Ort vorzuschreiben, was für ihre Gemeinde das Richtige ist.

Herr Ganserer, in einem muss ich Sie auch noch korrigieren. Der Kollege Steiner hat es schon angesprochen. Die Anträge auf Errichtung von großflächigem Einzelhandel kommen nicht aus dem Bayerischen Landtag, sondern sie kommen aus den Kommu-

nalparlamenten. Sie tun immer so, als ob wir im Freistaat Bayern die Landschaft flächendeckend mit großen Supermärkten zupflastern würden. Das ist nicht der Fall.

Zum Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 mit der Forderung, eine Dorfladenberatung durch Beamte einzuführen, nur Folgendes: Bei aller Wertschätzung der Leistungsfähigkeit der bayerischen Verwaltung: Das ist nicht zielführend. In Bayern sind in den letzten 20 Jahren circa 150 Dorfläden entstanden; dazu bedurfte es keiner staatlichen Beratung. Es hat bislang immer gut funktioniert. Es ist eine irrige Vorstellung, dass das Beamte besser könnten als die Kommunalpolitiker vor Ort. Die Gründung eines Dorfladens ist letztlich eine unternehmerische Angelegenheit. Es geht da um Dinge wie die Rechtsform, die Finanzierung oder die Wahl eines geeigneten Ladenlokals, aber auch um den Kauf und die Einrichtung sowie die Öffnungszeiten und vieles mehr. Das wissen die Menschen vor Ort besser als wir hier im Bayerischen Landtag. Deshalb sollten wir diese Verantwortung bei den Kommunen belassen.

Wir können aber das Ganze mit Anreizsystemen unterstützen. Das tut das bayerische Wirtschaftsministerium. Wir veranstalten ein Vorgründungscoaching, das wir bezuschussen. In den Jahren 2011 bis 2015 ist dieses Coaching in 40 Fällen genutzt worden.

Sie wissen auch – damit bin ich bei Ihrem dritten Antrag –, dass der Ruf nach Förderprogrammen sehr beliebt ist. Aber es ist immer gut, wenn man sich zunächst darüber informiert, welche Förderprogramme es gibt. Unabhängig vom Vorgründungscoaching gibt es sehr vieles. Es gibt das Dorferneuerungsprogramm des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, es gibt das LEADER-Programm, die Städtebauförderung und darüber hinaus die Programme der LfA sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Ich halte übrigens nichts davon, wenn Sie sagen, wir müssten die Fördersätze weiter erhöhen. Sie liegen bei der Dorferneuerung bei bis zu 60 %. Bei allem anderen würden Sie, wenn Sie da noch erhöhten, lediglich Mitnahmeeffekte produzieren, sonst nichts.

Entscheidend für den Erfolg eines Dorfladens ist nicht das, was wir hier machen, sondern entscheidend sind das bürgerschaftliche Engagement vor Ort und das beruhigende Gefühl, etwas Eigenes geschaffen zu haben. Das wäre dann zu honorieren, indem man diesen Laden nachfragte. Deshalb ist es unsere Aufgabe, Anreize zu schaffen und Rahmenbedingungen vorzugeben, aber wir dürfen die wohnortnahe Versorgung nicht als kommunale Pflichtaufgabe verankern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Adelt, fast ist es zu spät, aber bitte sehr!

(Zuruf des Abgeordneten Markus Ganserer (GRÜNE))

Klaus Adelt (SPD): – Kollege Ganserer, wegen des Abnehmens noch das Fallschirmspringen zu erlernen, das mache ich nicht. Aber eines möchte ich feststellen. In Schleswig-Holstein hat es hervorragend funktioniert mit der einen Stelle, bei der alle Förderprogramme zusammengefasst sind. Es hat auch deshalb funktioniert, weil die Verbundquote an die Gemeinden dort wesentlich höher ist.

Meine konkrete Frage: Dürfen bayerische Gemeinden auch dann Dorfläden und Dorfwirtshäuser finanziell fördern, wenn sie sich in einer prekären Haushaltslage befinden? Ist dies eine freiwillige Aufgabe, oder ist es eine Aufgabe, die sie zu erfüllen haben? Wenn Sie sagen, sie dürften es und dürften sich dann auch die fehlenden 40 % bei der Dorferneuerung einwerben, dann hätte das vieles erklärt.

Also meine konkrete Frage: Dürfen sich alle Gemeinden Bayerns unabhängig von ihrer finanziellen Ausstattung aktiv an einem Dorfladen beteiligen?

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Adelt, selbstverständlich kann so etwas nicht unabhängig von der finanziellen Situation geschehen. Das gilt aber auch für viele andere Bereiche der Kommune. Sie muss den Haus-

halt genehmigen lassen, und das betrifft nicht nur die Frage der Errichtung eines Dorfladens, sondern es gilt auch für eine Freizeiteinrichtung und vieles andere mehr. Deshalb ist eine Beteiligung klar abhängig von der finanziellen Situation der Kommune.

Ein Punkt noch, weil Sie die Benachteiligung und das Nichtvorhandensein gleichwertiger Lebensverhältnisse angedeutet haben: Unter den 16 Bundesländern gibt es kein Bundesland, das es in den letzten Jahren geschafft hat, die Differenz zwischen der Arbeitsmarktsituation in der Boomregion und der Situation im ländlichen Raum so gering zu halten wie Bayern. Diese Spreizung ist im Freistaat Bayern mit am geringsten, und auch das ist ein Erfolg der bayerischen Strukturpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Anträge zur Ablehnung. Die SPD-Fraktion hat hierzu Einzelabstimmung beantragt. Ich lasse deshalb einzeln abstimmen.

Wir beginnen mit dem Antrag auf Drucksache 17/11752. Das ist der Tagesordnungspunkt 12. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/11753 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 13. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte,

den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen?
– Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/11754 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 14. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich auch hier um sein Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Schmitt-Bussinger und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen" auf Drucksache 17/12340 bekannt. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75. Es gab 15 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)